



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

12. Juni 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bilder von überfluteten Landstrichen, von Menschen, die ihre Häuser aufgeben müssen und die teilweise nach 2002 nun wieder zu Schaden gekommen sind, lassen keinen kalt. In diesen Stunden gibt es nur eine Botschaft: Wir sind solidarisch mit denen, die es trifft. Wir unterstützen die, die jetzt unermüdlich kämpfen – Feuerwehr, THW, Polizei, Bundeswehr –, damit die aufgeweichten Deiche halten. Wir unterstützen die, die Hilfe leisten, Menschen Unterkunft bieten und Trost spenden.

Auch aus der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg waren und sind Feuerwehren im Krisengebiet. Ihnen gilt ein besonderer Dank. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass wie 2002 schnell und unbürokratisch geholfen wird. Es reicht nicht aus, wenn die Bundesregierung 100 Millionen Euro Soforthilfe zusagt und alle Fragen der Umsetzung offen lässt. Die Soforthilfe muss sichergestellt werden und die Kosten für die Deicherneuerung und neue Deiche sind noch nicht abschätzbar. Wir brauchen ein umfassendes Fluthilfeprogramm des Bundes. Wir brauchen eine ehrliche und solide Finanzierung dafür. Das betrifft nicht nur einzelne Städte, Gemeinden und Kreise. Das ist eine nationale Aufgabe und eine Gemeinschaftsanstrengung ganz Deutschlands. Der Bundestag diskutiert dazu am Freitag.

Das Fiasko um die Aufklärung „Euro-Hawk“ wird diese Woche weitergehen. Wir werden einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der bis zum 2. September einen Bericht vorlegen wird. Denn die Mai-zière muss endlich Farbe bekennen.

Für heute grüße ich Sie und Euch herzlich aus der Hauptstadt.

Brigitta Zypries

+++ Radfahren trotz Handicap +++ Freiheit auf drei Rädern

Die Darmstädter Selbsthilfeinitiative „Radfahrlust“ organisiert seit 2008 jedes Jahr eine mehrtägige Fahrradtour. Menschen mit einem neurologischen Handicap sind da gemeinsam mit Nicht-Betroffenen, Familie und Freunden unterwegs. Klaus Vock ist der Gründer und Organisator des Projekts und stellt für die Teilnehmer spezielle Liegedreiräder zur Verfügung, damit die häufig bei neurologischen Krankheiten auftretenden Gleichgewichtsstörungen kein Problem darstellen können.

Den Betroffenen, die etwa wegen eines Schlaganfalles oder der Erkrankung an Multipler Sklerose in ihrer Bewegung eingeschränkt sind, wird so die Chance gegeben, Gleichgesinnte zu treffen und sich trotz ihrer Erkrankung sportlich zu engagieren. Ein prima Projekt. Mehr Informationen finden Sie auf der Website unter:

www.radfahrlust.de



+++ Veranstaltungstipp +++
Filmvorstellung „GOLD“

Am 4. Juli um 10 Uhr zeige ich den Dokumentarfilm „GOLD – du kannst mehr als du denkst“ im Pali Kino in Darmstadt.

Der Film handelt von drei außergewöhnlichen Sportlern und ihrem Weg zu den Paralympischen Spielen 2012 in London: Henry Wanyoike, blinder Marathonläufer aus Kenia, Kirsten Bruhn, querschnittsgelähmte Schwimmerin aus Deutschland, und Kurt Fearnley, australischer Rennrollstuhlfahrer. Der Film zeigt nicht nur ihre sportlichen Anstrengungen, sondern auch den alltäglichen Umgang mit ihrem Handicap. Für mich ein sehr emotionaler und ermutigender Film.

Ich würde mich freuen, auch Sie bei der Vorstellung begrüßen zu dürfen und lade Sie herzlich dazu ein. Zur Sicherheit bitte ich Sie um eine Anmeldung bei meinem Berliner Büro (brigitte.zypries.ma11@bundestag.de).

Der Eintritt kostet 2,50 Euro.

Angela Merkels leere Wahlversprechen – Beispiel Mütterrente

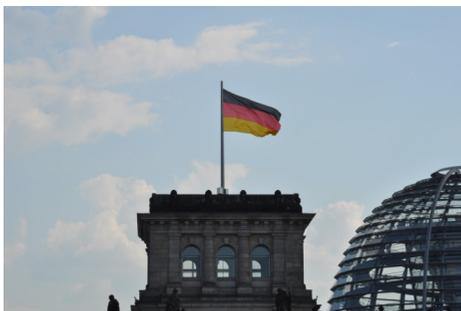
Nach geltendem Recht werden die ersten drei Lebensjahre eines Kindes als Erziehungszeit bei der Berechnung von Rentenansprüchen der Mütter anerkannt. Diese Regelung gilt allerdings nur für Geburten ab 1992, vor diesem Stichtag wird nur ein Jahr als Erziehungszeit anerkannt. In der letzten Woche hat Angela Merkel angekündigt, dass für Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, die anerkannten Erziehungszeiten ausgeweitet werden sollen. Auch viele in der SPD sind der Meinung, dass sie unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes angerechnet werden sollten. Das Problem liegt, wie meistens, bei der Finanzierung – unser Rentensystem stößt einfach irgendwann an seine Grenzen.

Wir haben der Bundeskanzlerin schon vor einiger Zeit signalisiert, dass wir zustimmen werden, wenn sie einen vernünftigen Gesetzentwurf vorlegt, der auch die Finanzierung klärt. Passiert ist: nichts.

Es ist nicht zu leugnen, dass es für Frauen immer noch schwieriger ist als für Männer, eine ausreichende Alterssicherung zu erreichen. Aber: **Gute Löhne sind der beste Schutz vor Altersarmut. Deshalb brauchen wir einen echten, gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird und dass Mütter und Väter nicht deshalb gezwungen sind, in Teilzeit zu arbeiten, weil es an Kinderbetreuungsplätzen mangelt.** Die sogenannte Solidarrente, die die SPD plant, soll außerdem künftig langjährig Versicherten einen Mindestanspruch von 850 Euro Rente garantieren. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten soll dabei für alle neu in Rente gehenden Männer und Frauen gleich sein - unabhängig davon, wann die Kinder geboren worden sind. Das ist vielleicht nicht die große Lösung, aber es ist eine machbare und eine, die nicht nur eine Versprechung bleibt.

Nicht nur die Deutsche Rentenversicherung spricht wegen Merkels Vorhaben deutliche Warnungen aus, auch die FDP ist schon wieder auf den Barrikaden. Und wenn man sich ins Gedächtnis ruft, wie viele der angekündigten Verbesserungen im Rentenrecht nicht zustande gekommen sind (Zuschussrente, Lebensleistungsrente, Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, Anhebung der Zuverdienstgrenze ...) dann drängt sich leider die Vermutung auf, dass wir es auch hier nur mit einem weiteren leeren, milliardenteuren Versprechen zu tun haben.

Insgesamt verspricht Merkel 45 Milliarden Euro – ohne dass es eine Gegenfinanzierung dafür gibt. Nach vier Jahren Stillstand und 100 Milliarden Euro neuer Schulden wird jetzt mit Wahlversprechen die Kasse geplündert. Ich finde, das geht nicht.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Abbildungen:
S. 2: Parapictures / Olaf Ballnus
S. 3: Hannes Nonhebel*

Verbraucherschutz in der digitalen Welt

Im Internet kaufen wir ein, wir lesen dort den Brief aus Berlin und andere Nachrichten, bleiben mit Freunden oder Familie, die weiter weg wohnen, in Kontakt, wir hören online Musik, sehen Filme oder lesen Bücher. Für die meisten von uns ist das Internet nicht mehr wegzudenken aus dem täglichen Leben – ob wir es nun ständig als Arbeits- oder Kommunikationsmittel nutzen, oder nur gelegentlich, um vielleicht eine Reise zu buchen oder online den Kontostand abzufragen...

Durch den Prozess der Digitalisierung, die in immer mehr Lebensbereiche vordringt, verstärkt sich der globalisierte Markt. Dieser Markt ist vielfältiger als er früher war – wir können zum Beispiel unter viel mehr Anbietern das günstigste Produkt auswählen – aber er ist auch unüberschaubarer geworden, und die rechtlichen und technischen Hintergründe sind heute viel komplexer. **Viele Verbraucherinnen und Verbraucher finden sich im Tarifdschungel und im Kleingedruckten nicht zurecht.**

Diese Unsicherheit darf nicht ausgenutzt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen besser geschützt werden vor denjenigen, die darauf aus sind, mit der Verunsicherung Kasse zu machen. **Statt dessen wollen wir eine Politik, die auf fairen Wettbewerb verantwortungsvoller Anbieter setzt. Das ist keine Utopie – aber das passiert auch nicht von alleine: dafür müssen wir ein paar Regeln durchsetzen.**

Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, der am Donnerstag im Bundestag diskutiert werden wird. Ich werde auch in der Debatte reden. Wir wollen mit unserem Antrag unter anderem erreichen, dass eine **angemessene Grundversorgung mit schnellem Internet und ein neutrales und diskriminierungsfreies Netz**, das keine Inhalte oder User bevorzugt, gesetzlich vorgeschrieben werden. Wir wollen effektiven Datenschutz im Internet sichern. Die **Möglichkeiten der anonymen Nutzung** des Internets sollten den Verbraucherinnen und Verbrauchern und nicht Kriminellen dienen. Zudem muss ein **effektiver Kinder- und Jugendschutz im Internet** etabliert werden. Für **Online-Bezahlmodelle** muss es standardisierte Verfahren geben. Und, besonders wichtig bei einem Medium, das sich nicht um Landesgrenzen schert: Auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung für **hohe Datenschutzstandards** einsetzen!